



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 17/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Förderbescheide für den Breitbandausbau und Elektromobilität

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und die Gemeinden Klettgau, Glottertal und Weilheim erhalten jeweils 50.000 Euro an Fördermittel für Beraterleistungen zum Ausbau des schnellen Internets. Die Förderbescheide wurden durch den Parlamentarischen Staatssekretär Norbert Barthle MdB am Mittwoch in Berlin überreicht. Karl-Josef Herbstritt, Bürgermeister von Glottertal und Klettgaus Bürgermeister Volker Jungmann kamen extra nach Berlin angereist, um den Förderbescheid persönlich abzuholen.

Gleich im Anschluss fand die Übergabe eines weiteren Förderbescheids des Bundesverkehrsministeriums statt. Die Stadt Bad Säckingen erhält 80.000 Euro zur Förderung der Elektromobilität. Die Übergabe fand in Anwesenheit des Bürgermeisters Alexander Guhl statt. Mit der Förderrichtlinie Elektromobilität unterstützt das Bundesverkehrsministerium u.a. die Beschaffung von Elektrofahrzeugen. Mit einem elektrischen Citybus gehört Bad Säckingen zu den Vorreitern in Baden-Württemberg. Der Citybus ist Teil eines auf Dauer angelegten Konzepts. Weitere Maßnahmen zur Senkung von Emissionen im Stadtverkehr sollen folgen. Das Bundeskabinett hat den am 9. November 2016 vom Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorgelegten Nationalen Strategierahmen für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe beschlossen. Für das Förderprogramm „Elektromobilität vor Ort“ sind rund 35 Millionen Euro pro Jahr für die Unterstützung von Kommunen vorgesehen. Ausführlichen Bericht zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Natürlich war das Wahlergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahl auch in Berlin diese Woche das beherrschende Thema. Ich selbst habe bis zuletzt gehofft, dass die US-Wähler die zwar umstrittene, aber intelligente und politik- und regierungserfahrene Hillary Clinton wählen würden. Nun haben sie anders entschieden, und als Demokratin respektiere ich diese Entscheidung. Welche Auswirkungen die Wahl auf Deutschland, Europa und die transatlantische Partnerschaft haben wird, kann heute noch niemand verlässlich sagen. Die USA sind unser wichtigster Bündnispartner und müssen es bleiben. In der Hoffnung auf politische Vernunft sage ich: Präsidenten verhalten sich anders als Kandidaten. Good luck, Mr. President.

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag 2013 hatten lediglich 4 Überhangmandate zu 28 Ausgleichsmandaten geführt. Dieser Ausgleichsmechanismus hat also eine erhebliche Hebelwirkung. Wir müssen eine Aufblähung des Deutschen Bundestages unbedingt vermeiden. Darauf hat der Bundestagspräsident Norbert Lammert MdB (CDU) mehrfach und nachdrücklich hingewiesen. Die Union ist zu Gesprächen mit anderen Fraktionen bereit. Eine Änderung wäre noch in dieser Legislaturperiode dringend geboten.

Herzliche Grüße

Ihre



(Bild: BMVI, von links: Bürgermeister von Glottertal Karl-Josef Herbstritt, Gabriele Schmidt MdB, Parlamentarischer Staatssekretär Norbert Barthle MdB, Bürgermeister von Klettgau Volker Jungmann und Thomas Dörflinger MdB)

2. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Bundesteilhabegesetz

Trotz Betonung positiver Aspekte gab es von Seiten der Sachverständigen auch kritische Äußerungen sowie Forderungen entsprechender Verbesserungen. Die Eingliederungshilfe soll aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst und das SGB IX zu einem Leistungsgesetz aufgewertet werden. Fachleistungen sollen künftig klar von Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt werden. Insbesondere die Regelung, Eingliederungshilfe nur zu gewähren, wenn eine Einschränkung in 5 Lebensbereichen vorliegt, wurde kritisiert.

Das Ausschussesekretariat hat die bereits eingestellte Version des vorläufigen Wortprotokolls in einer barrierefreien Version ins Internet unter folgendem Link eingestellt:

<http://www.bundestag.de/blob/479214/d765c570dca9f1439e908ea2e467ce7d/wortprotokoll-vorabfassung-data.pdf>.

Ebenso wurde vom Referat Online-Dienste, Parlamentsfernsehen - Koordination der Gebärdensprachdolmetschung – mitgeteilt, dass ab Montag, den 14. November 2016 die öffentliche Anhörung in der Mediathek <http://www.bundestag.de/gebaerdensprache/> mit Gebärdendolmetschen und Untertiteln zu sehen sein wird.

Mein Interview im Newsletter der Landesgruppe Baden-Württemberg „Fürs Ländle in Berlin“ zum Thema Bundesteilhabegesetz und zu den finanziellen Auswirkungen fürs Land und die Kommunen lesen Sie [hier](#).

3. Verbot von Kinderehen



Bereits auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands Anfang September dieses Jahres haben wir den Beschluss gefasst, Kinderehen in Deutschland zu verbieten. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinderehen in Deutschland nicht dulden. Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder

unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, können von der deutschen Rechtsordnung nicht akzeptiert werden.

Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Bei der Frage des Verbots von Kinderehen darf es keine Ausnahmen und keine Härtefallregelung geben. Jeder Fall ist einer zu viel. Wir erwarten nun von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Hilfspaket für Landwirtschaft kommt! Die Unionsfraktion steht den Landwirten zur Seite und bringt wichtige Hilfsmaßnahmen auf den Weg. Mit dem Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes haben wir in erster Lesung die rechtlichen Grundlagen zur Stärkung der Milcherzeugung in Deutschland beraten. Die europäischen Hilfen werden mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt auf 116 Millionen Euro verdoppelt. Zudem hat die Unionsfraktion erfolgreich an der Tarifglättung für Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft festgehalten: Die Landwirte können nun ihre Gewinnschwankungen für drei Jahre anstelle der bisherigen zwei Jahre glätten. Auf ausdrücklichen Wunsch der SPD wird dies nun aber befristet bis 2022. Für die Unionsfraktion hätte es ein umfassenderes Paket geben können. So wären nach dem Willen unserer Fraktion eine unbefristete Tarifglättung und die Aufnahme eines steuerlichen Freibetrages für Gewinne, die zur Schuldentilgung von Liquiditätshilfedarlehen genutzt werden, möglich gewesen.

2. Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien sowie Libyen entwicklungs- politisch stärken. Wir haben Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses zum Antrag beraten, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben und der die gravierenden humanitären Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen behandelt. Der Antrag stellt das weitreichende entwicklungspolitische Engagement Deutschlands für die Staaten dar, die die Masse der syrischen Flüchtlinge aufgenommen haben und vor großen innenpolitischen Herausforderungen stehen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Türkei, Jordanien, den Libanon sowie den Nordirak und zunehmend auch Libyen.

III. Sonstiges

Abendessen der Arbeitnehmergruppe mit der chilenischen Arbeitsministerin Ximena Rincon



Sehr gefreut habe ich mich über die Begegnung mit der Arbeitsministerin Chiles, Ximena Rincon, die ich während einer Reise letztes Jahr kennengelernt hatte. Chile und Frau Rincon bauen mit großer Sorgfalt ein Sozialversicherungssystem nach deutschem Vorbild auf. Bei einem Arbeitessen haben Mitglieder der Arbeitsgruppe das deutsche Rentensystem erläutert.

(Bild von links: Gabriele Schmidt MdB, Uwe Lagosky MdB, Peter Weiß MdB und chilenische Arbeitsministerin Ximena Rincon)

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de

Ich freue mich auf Sie!

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|----------------------|--|
| 16. November: | Schülergespräch, Robert-Schuman-Realschule, Waldshut-Tiengen |
| 17. November: | Betriebsbesuch Sedus Stoll AG, Waldshut-Tiengen |
| 18. November: | „Was macht KIGA heute aus?“ Diskussionsrunde, Grafenhausen |
| 19. November: | Kreisparteitag, Küssaberg |
| 20. November: | Adventliche Begegnung CDU St. Blasien |